

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdener Nachrichten Dresden
Verleger: Carl Neubauer
Herausgeber: Carl Neubauer
Vertrieb: Carl Neubauer

Druckerei: Carl Neubauer
Hauptstadt Dresden
Verleger: Carl Neubauer
Herausgeber: Carl Neubauer
Vertrieb: Carl Neubauer

Druck n. Verlag: Carl Neubauer
Hauptstadt Dresden
Verleger: Carl Neubauer
Herausgeber: Carl Neubauer
Vertrieb: Carl Neubauer

Anerhörte Zumutungen Herriots

Einnischung in deutsche Innenpolitik

Drahtbericht unseres nach Lausanne entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Lausanne, 7. Juli. Heute abend besteht ein vollkommener Gegensatz zwischen allem, was aus französischer und zum Teil auch aus englischer Quelle verbreitet wird, und den Feststellungen und Ansichten der deutschen Delegation. Während man im deutschen Lager besonders scharf betont und auf Rückfrage ausdrücklich und präzisiert wiederholt,

daß die Franzosen unsere politischen Forderungen heute glatt abgelehnt haben,

während man gleichzeitig auf die Klust hinweist, die auch in den Fragen der Art etwaiger Zahlungen zwischen den Vorschlägen der Gegenseite und unseren eigenen Forderungen — ganz abgesehen von der Ziffer — nach wie vor besteht und gerade damit die Gesamtlage als sehr ernst kennzeichnet, machen die Engländer weiter in Optimismus und führen die französischen Beispiele an, aus denen hervorgeht, daß die Franzosen auch in den politischen Fragen immerhin stark entgegengekommen seien.

Eine neue Schuldfrage ist also im Hinblick auf ein mögliches Scheitern der Konferenz schon wieder leblich im Gange.

Schon aus diesem Grunde müssen die französischen Informationen natürlich den größten Zweifel begegnen. So verweist man in der deutschen Delegation auch auf das bestimmteste, daß Herriot nach wie vor nur bereit sei, die finanziellen Klauseln des Versailles-Diktates durch einen neuen Lausanner Vertrag zu ersetzen, nicht aber den Kriegsschuldartikel 231 aufzugeben, der an der Spitze der Versailles-Tributbestimmungen steht. Ebenso kategorisch hatten die Franzosen heute früh unsere Forderung nach gleicher Sicherheit abgelehnt, und zwar in der Unterredung des Reichskanzlers mit Herriot und dem französischen Kriegsminister Doucour.

Wichtig ist weiter in diesem Zusammenhang die klare Feststellung von deutscher Seite, daß selbstverständlich auch alle politischen Forderungen und Wünsche der Gegenseite weggelassen müssen, wenn man auf unsere Forderungen politischer Art nicht genügend eingeht.

Von noch viel größerer Bedeutung ist aber die einseitig feststehende Tatsache, daß Herriot von der deutschen Delegation verlangt hat, sich stark zu machen, innerpolitische Bewegungen in Deutschland zu unterdrücken, die angeblich der französischen Friedensidee widersprechen.

also Bewegungen, die in Wahrheit Frankreich unangenehm sind, weil sie den deutschen Freiheits- und Gleichberechtigungswillen besonders leidenschaftlich zum Ausdruck bringen.

Diese sehr annehmende Forderung ist von der deutschen Delegation so deutlich abgelehnt worden, daß die Franzosen nicht mehr darauf zurückkommen.

Für den Geist, in dem man im Gegenlager noch immer die deutschen Zahlungen behandelt, ist es besonders bezeichnend, daß man sich nicht darauf einlassen will, daß etwaige

deutsche Reichsbonds, die nach zehn Jahren noch nicht in den Handel gebracht sein sollten, automatisch wegfallen; man verlangt vielmehr eine Frist von zwanzig Jahren.

Die Lage ist ernst, aber es wird weiter verhandelt. Mehr kann man heute abend nicht sagen. Wir würden aber die allerhöchsten Bedenken haben, wenn die deutsche Delegation auch nach abschließender, unmissverständlich ablehnender ihrer politischen Forderungen doch noch auf der Basis des englischen Vermittlungsverfahrens weiter verhandeln würde. Wir wären dann wieder am Ausgangspunkte angelangt, der bei unserem Eintreffen hier bestand und der auch in den ersten Nebenverhandlungen vorlag.

Ohne politische Betriedung durch völlige Gleichberechtigung Deutschlands und ohne volle gleiche Sicherheit für Deutschland besteht keine Möglichkeit Deutschlands, sich für irgendwelche Zahlungen zu verpflichten.

Wir würden aber auch in einer etwaigen Streichung der Tribute mit dem Datum vom 1. Juli 1932, die aus praktisch noch mit der vollen Annuität des letzten Jahres belastet würde, keine Lösung sehen, die ohne politische Gegenleistung für uns in Frage käme. Wir können und nicht denken, daß irgendwelche politischen Zugeständnisse im Deutschen Reichslande Annahme finden könnten, wenn sie nicht durch ganz tatsächliche, wirklich wertvolle und neue politische Gewinne in Richtung der deutschen Befreiung vollständig als tragbar erscheinen können. Wir halten dabei die Frage des Rückgangs der deutschen Zahlungen für die bei weitem wichtigste, ja für die wohl allein entscheidende.

Bekanntete Schlußerklärung vorgelesen

Drahtbericht unseres nach Lausanne entsandten W.-H.-Sonderberichterstatters

Lausanne, 7. Juli. Nach Neuherungen aus Kreisen der französischen Delegation will man die politischen Streitfragen so zu lösen suchen, daß Herriot und v. Papen in der Schlußklärung gezeigte Erklärungen abgeben. Von Papen würde dann ausführen, welche politischen Bedingungen in Europa zur Stärkung des Vertrauens geschaffen werden müßten. Herriot würde dem die französische Meinung gegenüberstellen, doch würde man versuchen, beide Erklärungen einigermassen aufeinander abzustimmen. Es bedarf natürlich keiner besonderen Betonung, daß dieses Verfahren und nicht die geforderte Garantie geben würde und deshalb nicht als politische Gegenleistung angesehen werden könnte.

Lausanne, 7. Juli. Im späteren Verlaufe des heutigen Abends wurden Reichskanzler v. Papen und Reichsaußenminister Freilich v. Herzlich noch ins englische Hauptquartier gebeten, wo sie im Augenblick des Weggangs von Herriot um 11,20 Uhr eintrafen. Herriot anordnete sich bei seinem Weggange etwas unerschütterlich und deutete an, er sehe die Möglichkeit einer Entspannung.

NSDAP-Landtagspräsident in Hessen

Konstituierende Sitzung des neuen Hessischen Landtages

Darmstadt, 7. Juli. Unter außerordentlich starkem Andrang des Publikums begann um 12 Uhr die konstituierende Sitzung des Hessischen Landtages, die vom Alterspräsidenten Winter (Z.) eröffnet wurde. Von den Kommunisten wurde eine längere Erklärung verlesen, in der sie bei Erfüllung einer Reihe politischer Forderungen, wie die Nichtdurchführung der letzten Notverordnungen, die Freilassung politischer Gefangener usw., sich bereit erklärten, einem Landtagspräsidenten zuzustimmen, in dem keine Nationalsozialisten vertreten sind. Das Zentrum erklärte, es halte an der bisherigen parlamentarischen Bindung fest, wonach die größte Partei den Präsidenten zu stellen habe. Von sozialdemokratischer Seite wurden die Bedingungen der Kommunisten abgelehnt, die darauf erklärten, daß sie auch ohne Annahme ihrer Bedingungen für ein nationalsozialistisches Präsidium stimmen werden.

Bei der Präsidentenwahl wurde der Abg. Prof. Werner (Natsoj.) mit 45 Stimmen zum Präsidenten gewählt.

Auf den Abg. Delp (Soz.) entfielen 26 Stimmen. Zum stellvertretenden Präsidenten wurde der Zentrumsmann Koller mit 61 Stimmen gewählt. Zum 2. Vizepräsidenten wurde der Abg. Kostermann (Natsoj.) gewählt. Er sowohl wie der Abg. Delp erhielten 26 Stimmen. Das Restentscheid für den nationalsozialistischen Abgeordneten.

Darmstadt, 7. Juli. Nach längerer Beratung beschloß der Ausschuss des Hessischen Landtages, am Freitagvormittag 11 Uhr die Wahl des Staatspräsidenten vorzunehmen. Von dem informierten Seite wird dazu mitgeteilt, daß die Nationalsozialisten hierfür den nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Prof. Werner nominieren werden.

Thüringens Kabinett tritt zurück

Drahtmeldung unseres Berichterstatters

Weimar, 7. Juli. Die thüringische Regierung gibt folgenden Beschluß bekannt:

„Bei der Beratung des Staatshaushaltplanes 1932 sind vom Landtage Beschlüsse, die durchzuführen die Landesregierung nicht in der Lage ist, gefaßt worden. Wir treten deshalb als Mitglieder der Landesregierung zurück.“

Der Rücktritt der thüringischen Regierung kommt aber nicht. Er ist auf einige Beschlüsse zurückzuführen, die auf Antrag der Sozialdemokraten bei der Abstimmung über den Etat im thüringischen Landtage durchgingen und die die Aufhebung einer Verordnung über die Förderung der Wohnungswirtschaft und die Vereinfachung der Konsumvereine von der Gewerbesteuer zum Ziele hatten. Die Beschlüsse sind dadurch möglich geworden, daß die Nationalsozialisten von der Sitzung ausgeschlossen worden waren. Die Regierung beriet heute in einer Kabinettsitzung die Lage und da sie sich außerstande sah, die Beschlüsse des Landtages durchzuführen, erließ sie die Rücktrittserklärung.

Baden verweigert Zeitungsverbot

Karlsruhe, 7. Juli. (Vgl. Weid.). Der badische Innenminister ist, wie hier bekannt wird, vom Reichsminister des Innern ersucht worden, die Tageszeitung „Donaubote“ in Donaueschingen auf die Dauer von fünf Tagen zu verbieten. Anlaß zu diesem Ersuchen gab ein Artikel in der Nummer 145 des genannten Blattes vom 26. Juni 1932, in dem eine Beschimpfung und Verächtlichmachung des Herrn Reichswehrministers erblickt wird. Der badische Innenminister hat dem Ersuchen nicht entsprochen und die Entscheidung des Reichsgerichts angerufen.

„Rote Einheitsfront“

Kein Tag vergeht mehr, an dem nicht aus allen Gegenden Deutschlands sich die Meldungen häufen, daß Kommunisten politisch andersgerichtete Volksgenossen überfallen, brutal mißhandeln und gar nicht selten ermorden. Diese Zustände halten nun schon seit vielen Monaten an. In den letzten Wochen haben sich die Überfälle aber in entsetzlicher Weise vermehrt. Namentlich Berlin und das Ruhrgebiet, Zentren der kommunistischen Macht, sind in dauernder gleichmäßiger Unruhe. Und überall läßt sich feststellen, daß von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Kommunisten die Angreifer sind. Nicht selten werden sie dabei von Reichsbannergruppen unterstützt, die dann ob ihres Solidaritätsgefühls in der kommunistischen Volkspresse hochgeehrt werden. „Reichsbannerproleten rufen zur roten Einheitsfront und beteiligen sich an der Brechung des faschistischen Terrors.“ So und ähnlich findet der Kommunist keine nützlichen Wutreden, die er zusammen mit anderen Marxisten begangen hat, am anderen Tag in seinem Lieblingsblatt beisteht. Anstatt der Brutalität der Angreifer, die jedes menschlichen Gefühl hat sind, ist es verständlich, daß die Angegriffenen sich notgedrungen oft mit dem Mut der Verzweiflung wehren müssen. Denn die Erfahrung lehrt, daß derjenige, der wehrlos in die Hände dieses fanatisierten Gefühls fällt, keine Gnade findet. So ist es denn kein Wunder, daß es zu Zusammenstößen kommt, wie in Osn am letzten Sonntag, denen sechste Todesopfer in diesen Tagen gestorben ist. Da sich die kommunistischen Überfälle aber das ganze Reichgebiet hinweg häufen, kann man nur vermuten, daß sie von einer zentralen Stelle aus zumindest angeregt werden. Im Ausland folgert man aus dieser Erscheinung manchmal, Deutschland stehe vor der Entscheidung, ob es bolschewistisch oder „faschistisch“ werden wolle. Diese Fragestellung hat vor allem eine in den angloamerikanischen Ländern, aber auch bei uns vielgelesene Untersuchung des amerikanischen Journalisten Knickerbocker zum Gegenstand, die von dieser Stelle bereits besprochen wurde. Knickerbocker selbst hält sich, die Frage zu beantworten, aber der ausländische Zeitungsleser, der täglich von den kommunistischen Wutreden hört, glaubt nur zu leicht an die Möglichkeit eines bolschewistischen Umsturzes in Deutschland.

Der deutsche Beobachter allerdings weiß, daß die Ausschichten der Kommunisten trotz des Wortterrors noch nie so schlecht waren wie in der Gegenwart. Die Wahlen der letzten Zeit haben es schlagartig bewiesen. Schwere Niederlagen für die Kommunisten waren die beiden Wahlgänge für die Reichspräsidentenwahl, namentlich der zweite. Ihre stark rückläufige Bewegung lebte sich dann bei allen Wahlen aus. Am deutlichsten wurde diese Niederlage bei den letzten Wahlen zum Hessischen Landtag, die bereits unter dem neuen Reichskabinett v. Papen stattfanden. Wiederum war die Wandratskammer des Sozialdemokraten gefolgt, aber die Sozialdemokraten hatten die Gegenpartei, seit langer Zeit wieder ein paar Wandrats gewannen zu haben, und zwar auf Kosten ihrer linken Abspaltung der KPD, und der Kommunisten, die um so härter verloren. Jetzt zeigte sich ganz klar, daß der Kommunismus seinen Höhepunkt bei den Reichstagswahlen von 1930 erreicht hatte. Seitdem befindet er sich in hoffnungslosem Rückgang, obwohl die Rot der breitesten Schichten zugenommen hat und die Voraussetzungen für eine kommunistische Agitation in Deutschland nie so günstig waren wie gegenwärtig. Die These Knickerbockers, die Zunahme der kommunistischen Stimmen erfolge noch rascher als die wachsende Arbeitslosigkeit, ist also völlig überholt. Auch in seiner größten Not wird Deutschland niemals reich für den Bolschewismus. Die Ursache dafür ist erfreulicherweise die Führung der Kommunisten selbst. Noch niemals hat man bei ihr eine politische Taktik feststellen können. Sie hat stets nur schrankenlosen Haß gegen alles Beklebende geäußert und mit diesem gefährlichen nihilistischen die Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft nur abgeholt. Denn der Arbeiter weiß nur zu gut, daß die komplizierte Maschinerie des deutschen Wirtschaftslebens sich nicht mit den primitiven Verhältnissen Rußlands vergleichen läßt. Er ist mit gutem Grund mißtraulich gegen eine Neuordnung, für die ausgerechnet Rußland das Vorbild sein soll, wie ihm überhaupt die bedingungslose Obdienten unterer Kommunisten von der halbsozialistischen Parteizentrale in Moskau wenig sympathisch ist. Auch das unfruchtbare parlamentarische Theater der Kommunisten, wie es sich in ihren sinnlosen Agitationen

Heute:

Der D.N.-Kraftfahrer
Seite 8 und 9